Stabilität auf fremde Rechnung

Was die neue Trump-Xi-Formel für Europa bedeutet

Donald Trump und Xi Jinping sprechen von strategischer Stabilität. Doch gemeint ist keine neue Kooperation zwischen den USA und China, sondern die vorläufige Einhegung ihrer Rivalität. Für Europa kann diese bilaterale Stabilisierung kurzfristig Entlastung bringen – langfristig aber droht sie Europas Abhängigkeiten zu zementieren und seine politische Gestaltungsmacht zu untergraben.

Von STEFAN MESSINGSCHLAGER

Wer den Gipfel zwischen Donald Trump und Xi Jinping Mitte Mai in Peking als Beginn einer neuen Weltordnung liest, überschätzt das Ereignis. Wer ihn nur als diplomatisches Theater abtut, unterschätzt ihn. Die Semantik des Erfolgs war genauestens vorbereitet: Das Weiße Haus sprach von strategischer Stabilität, neuen Foren für Handel und Investitionen, Entlastung bei Seltenen Erden und kritischen Mineralien, dem zugesagten Kauf von 200 Boeing-Flugzeugen sowie chinesischen Agrarkäufen von mindestens 17 Mrd. US-Dollar jährlich in den Jahren bis 2028.[1]

China rahmte das Treffen grundsätzlicher: Xi sprach von einer »konstruktiven Beziehung der strategischen Stabilität zwischen China und den USA« und verband diese Formel mit Kooperation, begrenztem Wettbewerb, handhabbaren Differenzen und besonderer Vorsicht der USA in der Taiwan-Frage.[2] Washington präsentierte also ein handelspolitisch verwertbares Paket; Peking las das Treffen als Anerkennung eines bilateralen Ordnungsrahmens.

STEFAN MESSINGSCHLAGER, *geb. 1991 in Forchheim, forscht als Historiker und Politikwissenschaftler an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg und ist Non-Resident Fellow am Global Public Policy Institute (GPPi), Berlin.*

Für Europa ist der Gipfel deshalb weder Grund zur Entwarnung noch markiert er eine Zeitenwende. Sein politischer Gehalt liegt in einer selektiven bilateralen Stabilisierung: Washington und Peking versuchen, ihre Rivalität vorläufig verwaltbar zu machen, Eskalationskosten zu senken und ökonomische Reibungen in Gesprächskanäle zu lenken, ohne ihre technologischen, militärischen und ordnungspolitischen Konflikte aufzugeben. Beide Seiten verwendeten ähnliche Stabilitätsbegriffe, die USA vor allem für handelspolitische Resultate, China hingegen stärker für Status, Rahmen und Verhaltensregeln.[3] Die Kernfrage lautet daher nicht,

1 Vgl. The White House, Fact Sheet: President Donald J. Trump Secures Historic Deals with China, Delivering for American Workers, Farmers, and Industry, 17.5.2026.

2 Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, President Xi Jinping Holds Talks with U.S. President Donald J. Trump, 14.5.2026.

3 Vgl. Kyle Chan u.a., What Beijing got from the Trump-Xi summit, brookings.edu, 22.5.2026; Zongyuan Zoe Liu, China and the U.S. Agreed to »Strategic Stability« in Beijing. They Don't Define It the Same Way, cfr.org, 18.5.2026.

ob Europa zwischen Washington und Peking wählen muss. Entscheidend ist vielmehr, was eine begrenzte amerikanisch-chinesische Stabilisierung für Europa und Deutschland verändert – und was gerade nicht.

Der Gipfel hat ein altes Dilemma verschärft: Europa bleibt sicherheitspolitisch auf die USA angewiesen, ist wirtschaftlich und technologisch aber tief mit China verflochten. Eine selektiv stabilisierte Rivalität darf Europa daher nicht als Entwarnung missverstehen. Denn eine amerikanisch-chinesische Entspannung entlastet Europa nur, wenn sie internationale Regeln stärkt, die Risiken wirtschaftlichen Zwangs mindert und Lieferketten berechenbarer macht. Eine bilaterale Verhandlungslogik hingegen, wie sie im Mai zwischen Trump und Xi zutage trat, kann Vorteile selektiv verteilen: Rohstoffe, Flugzeugkäufe, Agrarquoten oder Marktzugänge werden dabei miteinander verknüpft. Europäische Unternehmen profitieren oder verlieren, ohne die Bedingungen mitzubestimmen.[4]

»China als ›Partner‹ zu bezeichnen, darf die eigene Verwundbarkeit nicht romantisieren.«

Für Europa ist die Abwesenheit am Verhandlungstisch mehr als eine protokollarische Frage: Die beiden größten Volkswirtschaften können Konfliktkosten bilateral begrenzen und verteilen, während Europa vor allem von den Folgen betroffen ist – als Markt, Bündnispartner, Lieferant und Industriestandort –, aber nicht als Mitgestalter auftritt. Agrargüter, Flugzeuge, Chips, Magnete oder Batteriematerialien sind die materielle Sprache heutiger Machtpolitik: Wer sie in Absprachen übersetzt, ordnet Produktionsketten. Bilateral definierte Stabilität kann Europa entlasten, aber auch marginalisieren.

Nicht eine Neuausrichtung der Chinapolitik ist also nötig, sondern eine präzisere, stärker europäisch koordinierte, durchsetzungsfähigere und industriepolitisch unterfütterte Chinapolitik. Europa muss seine asymmetrische Interdependenz mit China nicht beenden, sondern es muss lernen, sie politisch beherrschbar zu machen.

Europas alte Lage in neuer Schärfe

Europas strukturelles Problem ist älter als dieser Gipfel. Die EU ist handelspolitisch eine Macht, sicherheitspolitisch aber weiter auf die USA angewiesen. Zugleich bleibt sie in Wertschöpfungsketten eingebunden, in denen China zentral ist. Im Warenhandel belief sich das europäische Defizit gegenüber China 2025 auf 359,9 Mrd. Euro; Ausfuhren von 199,5 Mrd. Euro standen Einfuhren von 559,5 Mrd. Euro gegenüber.[5] Ein Handelsdefizit ist zwar kein strategischer Befund an sich, politisch relevant wird es aber dort, wo es mit schwer ersetzbaren Vorleistungen, Rohstoffen, Batterien, Magneten, Maschinenkomponenten oder digitaler Infrastruktur zusammenfällt.

Die EU hat auf diese Ambivalenz zumindest begrifflich längst reagiert. Seit 2019 beschreibt sie China zugleich als Partner, wirtschaftlichen Wettbewerber und systemischen Rivalen; die deutsche China-Strategie hat diese Trias übernommen und

4 Vgl. Andrew Small, Trump in Beijing: Why the game stays the same for Europe, ecfr.eu, 13.5.2026; Tim Rühlig, Xi and Trump are heading for tactical stabilisation, not a reset, iss.europa.eu, 13.5.2026; Corinne Abele, Was hat das Gipfeltreffen zwischen China und den USA gebracht?, gtai.de, 19.5.2026.

5 Vgl. EU-Kommission, EU trade relations with China. Facts, figures and latest developments.

betont zugleich, Peking verringere eigene Abhängigkeiten, während es Abhängigkeiten anderer von China erhöhe.[6] Die Formel bleibt jedoch nur nützlich, wenn sie in konkrete Politik übersetzt wird: China als »Partner« zu bezeichnen, darf die eigene Verwundbarkeit nicht romantisieren, von einem »Wettbewerber« zu sprechen, darf keine pauschale Marktabschottung bedeuten, und die Benennung eines »systemischen Rivalen« ersetzt keine konkrete Risikoanalyse.

Geboten ist angesichts dessen ein »De-Risking«. Das bezeichnet in diesem Zusammenhang keinen Rückzug aus China, sondern ist die politische Vermessung spezifischer Verwundbarkeiten: kritische Rohstoffe, Batteriezellen, Permanentmagnete, Halbleiter, Dual-Use-Technologien, Dateninfrastrukturen und Risiken politisch instrumentalisierter Abhängigkeit. Solche Risiken entstehen, wenn wirtschaftliche Abhängigkeiten politisch genutzt werden können, um Regierungen, Unternehmen oder Branchen zu einem bestimmten Verhalten zu drängen. Nicht »China« ist dann das Risiko, sondern eine konkrete Abhängigkeit, deren Ausfall oder Instrumentalisierung hohe politische Kosten erzeugt.

Wirtschaftliche Sicherheit bleibt heikel, aber unverzichtbar: heikel, weil sie handels- und industriepolitische Präferenzen sicherheitspolitisch aufladen kann; unverzichtbar, weil Halbleiter, Daten, Logistik, Energie, Rohstoffe und Plattformen zugleich Produktionsgrundlagen und politische Hebel sind. Die EU-Strategie wirtschaftlicher Sicherheit unterscheidet deshalb Risiken bei Lieferketten, Technologien, kritischen Infrastrukturen und wirtschaftlicher Zwangsausübung und verbindet Schutz mit Wettbewerbsfähigkeit.[7]

Deutschlands verwundbares Geschäftsmodell

Dieses Dilemma stellt insbesondere Deutschland vor Probleme. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts war China 2025 erneut wichtigster Handelspartner der Bundesrepublik. Der Warenhandel belief sich auf 251,8 Mrd. Euro; Importe aus China erreichten 170,6 Mrd. Euro, Exporte nach China 81,3 Mrd. Euro, der Importüberschuss betrug 89,3 Mrd. Euro.[8] Entscheidend ist dabei weniger die Saldenmechanik als die Verschiebung der Wertschöpfung. Denn hinter diesen Zahlen steht ein qualitativer Wandel: Das alte Bild komplementärer Verflechtung – deutsche Maschinen, Autos und Chemie gegen chinesische Nachfrage und günstige Vorprodukte – trägt nur noch begrenzt. China bleibt ein wichtiger Markt, wird aber stärker zum Lieferanten, Konkurrenten und Standardsetzer.

Das zeigt sich besonders bei Automobilindustrie, Maschinenbau, Batterien, Halbleitern und grünen Technologien. Deutsche Unternehmen müssen China daher zugleich als Wachstumsmarkt, Innovationskonkurrenten, politisch konditionierten Standort und Quelle kritischer Vorleistungen begreifen. Das markiert einen Strukturbruch: Die alte Komplementarität weicht intensiver industrieller Konkurrenz; seit 2020 haben sich chinesisches Wachstum und deutsche Exporte nach China zu-

6 Vgl. EU-Kommission und Hoher Vertreter der Union, EU-China – A strategic outlook, JOIN(2019) 5 final, 12.3.2019; Die Bundesregierung, China-Strategie der Bundesregierung, Berlin 2023.

7 Vgl. EU-Kommission und Hohe Vertreterin der Union, European Economic Security Strategy, JOIN(2023) 20 final, 20.6.2023; Europäische Kommission, Advancing European economic security: an introduction to five new initiatives, COM(2024) 22 final, 24.1.2024.

8 Vgl. Statistisches Bundesamt, China im Jahr 2025 wieder wichtigster Handelspartner Deutschlands, Pressemitteilung, 20.2.2026.

nehmend entkoppelt. Die Ökonomin Dalia Marin spricht deshalb von einem »China-Schock« in deutschen Kernsektoren.[9] Die von Peking betriebene Lokalisierung – »in China für China« – kann betriebswirtschaftlich rational sein. Für Deutschland erhöht sie jedoch die Verwundbarkeit, wenn in der Volksrepublik Forschung, Software, Daten und Zuliefernetzwerke in ein politisch konditioniertes Regelumfeld wandern. Eine in China erfolgreiche Tochtergesellschaft eines deutschen Unternehmens kann in diesem Sinne auch Ausdruck einer verschobenen Wertschöpfung sein.

Passend dazu berichtete die staatliche Wirtschaftsförderungsagentur Germany Trade & Invest auf Grundlage einer Blitzumfrage der Deutschen Auslandshandelskammer in China, dass im Frühjahr 69 Prozent der befragten deutschen Unternehmen negative Auswirkungen amerikanisch-chinesischer Spannungen meldeten; 37 Prozent waren von chinesischen Exportkontrollen betroffen, während 61 Prozent weiter in China investieren wollten.[10] Das ist Pfadabhängigkeit: Wer tief in einen Markt eingebunden ist, kann politische Risiken nicht einfach durch Abzug beseitigen.

»In der geoökonomischen Rivalität werden Zölle und Rohstofflizenzen zu strategischen Instrumenten.«

Der Trump-Xi-Gipfel hat diese Lage nicht beseitigt, sondern allenfalls verdeckt – aber auch nur, wenn man Stabilitätsrhetorik mit Planbarkeit verwechselt. Das Institut der deutschen Wirtschaft warnte, deutsche Unternehmen könnten zwischen amerikanische Beschränkungen für Halbleitertechnologie und chinesische Exportkontrollen geraten: Wer amerikanische Vorgaben missachtet, riskiert den US-Markt; wer sie befolgt, kann chinesische Gegenreaktionen auslösen.[11] Die Unternehmen bewegen sich nicht nur auf konkurrierenden Märkten, sondern auch zwischen konkurrierenden Jurisdiktionen – und können die politische Macht beider Seiten zu spüren bekommen.

Wirtschaftliche Abhängigkeit als politisches Risiko

Verflechtung ist jedoch nicht per se riskant, sie schafft Wohlstand, sorgt für Arbeitsteilung und bietet Kommunikationskanäle. Riskant wird sie, wenn ein Akteur zentrale Knotenpunkte kontrolliert, ohne dass andere kurzfristig ausweichen können. Die Forschung zu »weaponized interdependence« hat diesen Zusammenhang begrifflich geschärft: Netzwerke erzeugen nicht nur Effizienz, sondern auch Machtpositionen. Wer zentrale Schaltstellen kontrolliert, kann Zugang gewähren, verteuern oder verweigern.[12] In der geoökonomischen Rivalität werden Zölle, Standards, Exportkontrollen und Rohstofflizenzen zu strategischen Instrumenten.

Seltene Erden sind dabei nicht das einzige, aber das sichtbarste Beispiel: China hat seine Exportkontrollen vom April 2025 offiziell mit nationaler Sicherheit und

9 Vgl. Noah Barkin und Gregor Williams, Germany's »China Shock« Revisited, rhg.com, 10.2.2026; Dalia Marin, The China shock hits Germany, cepr.org, 7.8.2025.

10 Vgl. Abele, Gipfeltreffen, a.a.O.; dort unter Verweis auf eine Blitzumfrage der Deutschen Auslandshandelskammer in China vom April/Mai 2026.

11 Vgl. Jürgen Matthes, Handel: Was der US-China-Gipfel für die deutsche Wirtschaft bedeutet, iwkoeln.de, 12.5.2026.

12 Vgl. Henry Farrell und Abraham L. Newman, Weaponized Interdependence: How Global Economic Networks Shape State Coercion, in: »International Security«, 1/2019, S. 42-79.

Nichtverbreitung begründet; sie gelten unter anderem für mehrere schwere Seltene Erden und bestimmte Permanentmagnete. Spätere, umfassendere Kontrollen wurden teilweise bis November 2026 ausgesetzt.[13] Auch Peking konditioniert wirtschaftliche Offenheit damit zunehmend sicherheitspolitisch.

Das Statistische Bundesamt meldete für 2025 einen China-Anteil von 55,4 Prozent bei deutschen Importen Seltener Erden; für die EU lag er bei 46,8 Prozent, bei Lanthanverbindungen sogar bei 97,3 Prozent.[14] Solche Zahlen verlangen Priorisierung, nicht Alarmismus. Nicht jede Abhängigkeit ist strategisch gleich bedeutsam. Doch dort, wo schon das Fehlen geringer Mengen große Produktionsketten blockieren kann – etwa bei Permanentmagneten, Elektromotoren, Batterien oder Rüstungsgütern –, wird die Verwundbarkeit politisch.

»Eine Entkopplung von China wäre für Europa weder realistisch noch wünschenswert.«

Aus diesem Befund folgt kein Plädoyer für Entkopplung. Sie wäre für Europa weder realistisch noch wünschenswert, da sie die grüne Transformation verteuern, Unternehmen schwächen und globale Problemlösungen erschweren würde. De-Risking ist Präzisionsarbeit: Kritisch ist, was politisch instrumentalisierbar ist, weil es sich kaum ersetzen lässt oder weil die Abhängigkeit schwer durch Vorratshaltung, Alternativlieferanten, Recycling oder europäische Kapazitäten reduziert werden kann.

Verrechtlichte Verflechtung

Europas Antwort auf diese Lage ist bislang zwar nicht wirkungslos, aber noch nicht ausreichend. Ihr charakteristisches Merkmal ist die Verrechtlichung von Verflechtung. Die EU übersetzt Konflikte mit China in Verfahren, Schwellenwerte, Prüfpflichten, Überwachung, Anti-Umgehungsregeln, Preisverpflichtungen, Widerrufsoptionen und Gegeninstrumente. Das klingt technokratisch, ist aber eine Machttechnik. Wer definieren kann, wann eine Subvention den Binnenmarkt verzerrt, wann wirtschaftlicher Zwang vorliegt oder wann Marktzugang widerrufen werden kann, verwandelt diffuse Abhängigkeit in konditionierte Interdependenz.

Diese Grammatik zeigt sich im Instrumentenbündel der EU. Das Anti-Coercion Instrument schafft einen Rahmen, um wirtschaftlichen Zwang durch Drittstaaten zu prüfen, zu bestimmen und im Ernstfall mit Gegenmaßnahmen zu beantworten.[15] Die Foreign Subsidies Regulation adressiert drittstaatliche Subventionen im Binnenmarkt.[16] Der Critical Raw Materials Act setzt Zielwerte für Förderung, Verarbeitung, Recycling, Diversifizierung und Risikovorsorge: Bis 2030 sollen höchstens 65 Prozent des EU-Jahresverbrauchs eines strategischen Rohstoffs aus einem einzigen Drittstaat stammen.[17]

13 Vgl. Ministry of Commerce und General Administration of Customs of the People's Republic of China, Announcement No. 18 of 2025 on Export Control of Medium and Heavy Rare Earth-related Items, 4.4.2025; Marcin Szczepański, China's rare-earth export restrictions, European Parliamentary Research Service, 24.11.2025.

14 Vgl. Statistisches Bundesamt, Mehr als die Hälfte der importierten Seltenen Erden kam 2025 aus China, Pressemitteilung, 14.4.2026; Merle Groneweg, USA vs. China: Machtkampf mit Mikrochips und Seltenen Erden, in: »Blätter«, 2/2026, S. 9-12.

15 Vgl. EU-Kommission, Protecting against coercion, Verordnung (EU) 2023/2675, 22.11.2023.

16 Vgl. EU-Kommission, Foreign Subsidies Regulation, Verordnung (EU) 2022/2560, 14.12.2022.

17 Vgl. EU-Kommission, Critical Raw Materials Act, Verordnung (EU) 2024/1252, 11.4.2024.

Der Streit um batterieelektrische Fahrzeuge aus China zeigt dieses Muster exemplarisch. Die EU verhängte 2024 endgültige Ausgleichszölle, öffnete Anfang 2026 aber einen Ausweg über Preisverpflichtungen: Chinesische Exporteure können Mindestimportpreise, Vertriebskanäle, Regeln gegen Querverrechnung und künftige Investitionen anbieten.[18] Am 10. Februar akzeptierte die Kommission erstmals eine solche Verpflichtung: Die Volkswagentochter Anhui und SEAT dürfen den in China produzierten CUPRA Tavascan zu einem Mindestimportpreis in die EU exportieren und werden dafür von Ausgleichszöllen ausgenommen. Vorgesehen sind Mengenbegrenzungen, Investitionsmeilensteine, Überwachung, Widerrufsmöglichkeiten und die Wiedereinsetzung von Zöllen bei Verstößen.[19]

»Europas Markt ist groß genug, um Regeln zu setzen; doch die politische Fragmentierung der EU ist groß genug, diese Macht zu verspielen.«

Das ist keine Harmoniepolitik, sondern kontrollierte Deeskalation. Der Grundkonflikt – gekennzeichnet durch Subventionen, Überkapazitäten, Marktbarrieren und asymmetrischen Zugang – verschwindet nicht, wird aber in prüfbare Bedingungen übersetzt. Wo eine Politik der Beschwichtigung hofft, dass Kooperation durch eine gute Atmosphäre stabil wird, erfordert eine Strategie der Verrechtlichung eine Antwort darauf, welche Daten, Schwellenwerte und Sanktionen nötig sind, damit die Kooperation nicht einseitig ausgenutzt wird.

Gerade deshalb darf Europa diese Verfahrenslogik nicht mit einer Strategie verwechseln. Preisverpflichtungen können Konflikte entschärfen, aber keine eigene Batterieindustrie schaffen. Ausgleichszölle begrenzen verzerrten Wettbewerb, ersetzen aber weder Forschungskapazität noch wettbewerbsfähige Strompreise. Rohstoff- und Industriezielwerte werden erst durch Genehmigungen, Kapital, Abnahmegarantien, Lagerhaltung, Recycling und Substitution wirksam. De-Risking ohne Industriepolitik bleibt defensiv; Industriepolitik ohne De-Risking bleibt naiv.

Konditionierte Interdependenz

Die angemessene Antwort auf den Trump-Xi-Gipfel ist also eine konditionierte und durchsetzungsfähige Interdependenz. Konditioniert meint, dass Marktzugang, Kooperation und Investitionen an überprüfbare Regeln gebunden werden: Transparenz bei Subventionen, Reziprozität beim Marktzugang, Sicherheitsprüfungen bei kritischer Infrastruktur, Ausweichoptionen bei Rohstoffen, Exportkontrollen bei sensiblen Technologien. Durchsetzungsfähig kann sie nur sein, wenn Europa Verfahren nicht als Ersatz für Macht begreift, sondern als deren rechtsstaatliche Form: berechenbar, verhältnismäßig, mit den Regeln der Welthandelsorganisation vereinbar – aber nicht folgenlos.

Für Europa folgt daraus erstens, dass die EU auf Kohärenz achten muss. Nationale Besuchsdiplomatie in Peking ist nicht per se problematisch, sie wird es aber, wenn

18 Vgl. EU-Kommission, Durchführungsverordnung (EU) 2024/2754 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls, 29.10.2024.

19 Vgl. EU-Kommission,Durchführungsbeschluss (EU) 2026/328 und Durchführungsverordnung (EU) 2026/330, jeweils 9.2.2026.

kurzfristige Marktzusagen für einzelne Länder europäische Hebel schwächen. Die deutsche Chinapolitik sollte ihre wirtschaftlichen Verständigungen daher stets auf EU-Kompatibilität prüfen: Passt sie zu EU-Handelsschutzinstrumenten, Subventionskontrollen, Exportkontrollen, Rohstoffdiversifizierung und Binnenmarktzielen? Europas Markt ist groß genug, um Regeln zu setzen; doch die politische Fragmentierung der EU ist groß genug, diese Macht zu verspielen.

Zweitens muss beim De-Risking genauer nach Sektoren und Technologien unterschieden werden. Entscheidend sind Knotenpunkte, bei denen Ausfall, politischer Druck oder Technologieabfluss systemische Folgen hätten: Hochleistungsmagnete, Batterievorprodukte, Halbleitermaschinen und -design, Cloud- und Dateninfrastrukturen, Hafen- und Energieinfrastrukturen, pharmazeutische Vorprodukte und bestimmte Maschinenbaukomponenten. Dafür braucht es Risikokarten, Stresstests, Alternativlieferanten, Lagerhaltung und europäische Finanzierung.

»Transatlantische Loyalität ersetzt noch keine europäische Urteilskraft.«

Drittens muss Rechtsdurchsetzung mit Ressourcen unterlegt werden. Überwachung ohne Datenzugang bleibt Symbolpolitik; Regeln gegen Umgehung bleiben ohne ausreichende Zollkapazität wirkungslos; Widerrufsoptionen ohne Bereitschaft zum Widerruf verlieren ihre Abschreckungswirkung. Die EU braucht gemeinsame Lagebilder, Exportkontrollwissen, Datenanalytik und Personal.

Viertens ist Wettbewerbsfähigkeit heute China-Politik. Schlagworte wie Energiepreise, Kapitalmarktzugang, öffentliche Beschaffung, Normung, Forschung und industrielle Skalierung klingen innenpolitisch, entscheiden aber über außenpolitische Handlungsfähigkeit. Ohne Investitionen in Batterien, Leistungselektronik, Halbleiter-Ökosysteme, industrielle Software sowie Magnet- und Recyclingtechnologien verlieren Europa und Deutschland Verhandlungssubstanz. Resilienz kostet: Wer diese Kosten nicht trägt, entscheidet sich faktisch für Verwundbarkeit.

Fünftens braucht Europa transatlantische Koordination ohne Unterordnung. Die USA bleiben sicherheitspolitisch unverzichtbar und technologisch zentral. Doch der Trump-Xi-Gipfel hat gezeigt, dass Washingtons China-Politik zwischen Systemrivalität, Handelstaktik und innenpolitischer Symbolik pendeln kann. Europa sollte dennoch mit den USA bei Exportkontrollen, kritischen Mineralien, Forschungssicherheit, Investitionsprüfung, Standards und dem Schutz vor wirtschaftlichem Zwang kooperieren. Dabei gilt aber immer: Transatlantische Loyalität ersetzt noch keine europäische Urteilskraft.

Der Dialog mit China bleibt notwendig, weil Klimawandel und Finanzstabilität, der Umgang mit Rohstoffen und Standards, aber auch globale Gesundheit und regionale Sicherheit ohne Peking nicht sinnvoll politisch zu bearbeiten sind. Taiwan bleibt dabei allein schon deshalb relevant, weil eine Eskalation Lieferketten, Halbleiterproduktion und Sicherheitsallianzen berühren würde. Doch Dialog darf nicht Vertrauensseligkeit heißen: Vertrauen ist allenfalls das Ergebnis überprüfbarer Verlässlichkeit.

Für deutsche Unternehmen bedeutet dies eine Zumutung, aber auch eine Klärung. Fragen wie Lieferantenkonzentrationen, Datenabhängigkeiten, Sanktionsrisi-

ken und Exportkontrollkonflikte gehören in Vorstandsentscheidungen, Kreditprüfungen und öffentliche Förderkriterien. Der Staat muss nicht jedes Geschäftsmodell dirigieren, er muss aber wissen, wo private Geschäftsrisiken öffentliche Verwundbarkeit erzeugen. Wer private Renditen aus riskanten Konzentrationen zieht, darf politische Krisenkosten nicht selbstverständlich auf die Allgemeinheit abwälzen.

Strategische Stabilität als europäische Frage

Der Trump-Xi-Gipfel war für Europa kein Wendepunkt, aber ein Wahrheitstest. Er hat gezeigt, dass die kommenden Jahre wahrscheinlich nicht nur durch klare Lagerbildung geprägt sein werden, sondern auch durch selektiv stabilisierte Rivalität: punktuelle Absprachen, harte Technologiepolitik, Rohstoffkontrollen, kommerzielle Sonderabkommen und wechselnde Drohkulissen. Wo Entspannung real ist, sollte Europa sie nutzen. Wo sie nur Choreografie ist, darf sie nicht zur europäischen Selbstberuhigung führen. Wenn Washington und Peking bilaterale Stabilität herstellen, muss Europa prüfen, ob dadurch die eigene Verwundbarkeit sinkt – oder nur die amerikanisch-chinesische Rivalität auf Kosten Europas berechenbarer wird.

»Europa muss lernen, seine Verwundbarkeit politisch zu beherrschen.«

Strategische Stabilität ist daher keine Antwort, sondern wirft Fragen auf: Stabilität für wen, zu welchen Bedingungen und mit welchen Verteilungsfolgen? Für Washington kann sie Lieferkettenengpässe entschärfen und zu kommerziellen Erfolgen führen. Für Peking kann sie Anerkennung als gleichrangige Ordnungsmacht und Zeit für technologische Selbststärkung bedeuten. Für Europa wiederum darf sie nicht heißen, sich in eine Beobachterrolle zu fügen.

Für Deutschland ist diese Situation besonders unbequem, weil sie an den Kern des eigenen Wohlstandsmodells rührt. Die Kunst bestand hierzulande lange darin, die politische Lage zu beruhigen, damit die Wirtschaft arbeiten konnte. Die neue Kunst muss darin bestehen, die Wirtschaft so zu rahmen, dass die Politik handlungsfähig bleibt. Europas Chinapolitik wird nicht souverän, wenn sie lauter wird. Sie wird souverän, wenn sie genauer wird. Europas Antwort kann weder Rückzug noch Beschwichtigung sein, sondern nur konditionierte, durchsetzungsfähige Interdependenz. Stabilität, die andere definieren, bietet keinen Schutzraum, sondern bestenfalls ein Zeitfenster, in dem Europa lernen muss, seine Verwundbarkeit politisch zu beherrschen. ⬡